



Stettiner Zeitung.

Abend-Ausgabe.

Montag, den 6. Januar 1879.

Nr. 8.

Deutschland.

Berlin, 5. Januar. Die „Nat.-Zeitung“ schreibt:

Ueber die Stellung, welche die Vertreter der Landwirtschaft in Baiern zu den schwebenden Zoll- und finanzpolitischen Fragen neuerdings eingenommen haben, erhalten wir unter d. d. Nr. 3. v. M. aus München folgende Zuschrift:

Das General-Comité des landwirtschaftlichen Vereines in Baiern hat in einer vorigen Woche abgehaltenen Sitzung, zu der auch auswärtige Mitglieder geladen waren, Stellung zu den Zollfragen und den Fragen der indirekten Steuern genommen und sich, wie wir aus guter Quelle vernehmen, in folgender Weise ausgesprochen:

1) Es ist zunächst auf Beseitigung der Differential-Frachttarife auf den Eisenbahnen Deutschlands hinzuwirken;

2) neben der Beseitigung der Differential-Frachttarife wird es als zweckmäßig anerkannt, für Feldfrüchte, Vieh und Erzeugnisse der Viehzucht Holz und sonstige Forstprodukte beim Eingang an der Grenze eine Gebühr zu erheben, jedoch nur in einem Betrage, welcher nicht geeignet ist, die Preise der Lebensmittel im Inlande in fühlbarer Weise zu steigern;

3) zur Erhebung der Branntwein- und Spiritus-Abgabe wäre eine gleiche Besteuerung im deutschen Reiche anzustreben, oder wenigstens die Ausfuhrprämie, welche norddeutsche Brennereien beim Eingang nach Baiern beziehen, in Wegfall zu bringen;

4) eine Vermehrung der indirekten Steuern ist weniger drückend, als die Erhöhung der direkten und über denselben vorzuziehen;

5) das General-Comité hat seinen Grundsatzen gegen die Einführung des Tabakmonopols auszusprechen, hält es aber für angezeigt, das Ergebnis der Enquete abzuwarten.

Das inzwischen veröffentlichte Schreiben des Reichskanzlers kommt, wie man sieht, den Wünschen des General-Comités mehrfach entgegen.

Die Erklärung, welche der Reichstags-Abgeordnete Freiherr v. Schorlemer-Nist am 31. Dezember in Münster als Vorsitzender der Generalversammlung des westfälischen Bauernvereins über die Zoll- und Steuerpläne des Reichskanzlers abgegeben hat und die im Wesentlichen auf eine Zustimmung zu denselben hinausläuft, läßt erkennen, daß die in dem „Bauernverein“ vertretenen landwirtschaftlichen Kreise für einen Anschluß an die Schuppolltarife gewonnen sind. Die „Germ.“ berichtet darüber:

„Herr Frhr. v. Schorlemer-Nist meint, der Grundbesitz unterliege allerdings einer Doppelbesteuerung, aber bei unserer jetzigen Finanzlage sei es vergebliche Mühe, auf die Beseitigung der Grundsteuer hinzuwirken. Vielleicht würde ein Theil der Einkommensteuer den Kommunen überwiesen werden und dann ließen sich manche Bedürfnisse daraus decken und Manches bessern. Bei der allgemeinen anerkannten ungünstigen Lage des Grundbesitzes stehe nach dem bekannten Schreiben des Fürsten Reichskanzlers wenigstens in Betreff bestimmter Wünsche eine Abhilfe in Aussicht, und würden wir uns mit dem Schreiben in allem Wesentlichen vollständig einverstanden erklären können. Es würde sich aus den Steuerplänen des Reichskanzlers eine Einnahme ergeben, die es möglich machen würde, sowohl die Steuern der Einzelstaaten als der Kommunen zu vermindern und besonders letztere zu entlasten. Die Landwirtschaft würde durch fremde Einfuhr nicht mehr erdrückt, oder doch nicht mehr so gedrückt werden, daß ihre Lage unerträglich sei. Bei näherem Nachdenken müßten die Landwirthe sich überzeugen, daß ihre Interessen mit denen der Industriellen eng verknüpft seien, und daß sie selbst schwer Schaden litten würden, wenn sie ihren Konsumenten Schaden thäten.“

Durch verschiedene Blätter gehen mehr oder weniger verschleierte Andeutungen, als wenn die von dem Verein zur Beförderung des Freihandels dem Bundesrath überreichte Denkschrift unter Mitarbeiterschaft des ehemaligen Präsidenten des Reichskanzleramtes entstanden sei. Wir sind in der Lage, diese Andeutungen für unbegründet zu erklären. Die Denkschrift ist, wie wir mit Sicherheit erfahren, von L. Bamberger allein entworfen und ausgearbeitet, wozu Jedem, der ein Schriftwerk nach seiner Form zu beurtheilen vermag, von selbst bemerkbar geworden sein wird. Daß er es nicht der Öffentlichkeit

übergeben haben mag, ohne sachverständiges Urtheil über Einzelnes zu hören, liegt ebenso in der Natur der Dinge. Was Staatsminister Dr. Delbrück angeht, so wissen wir, daß er dem Verein für Freihandel nicht beigetreten ist, und die, welche im Parlament auf seine werththätige Unterstützung gegen die wirtschaftliche Reaktion rechnen, sind am meisten damit einverstanden, daß er sich an der Vereinspropaganda nicht betheiligte.

Der „Berliner Börsen-Courier“ schreibt: Im deutschen Reichshauptort ist es in den jüngsten Wochen bewegt und lebendig zugegangen. Ein Besuch löste den anderen ab, ein Staatsmann gab dem anderen die Coupébüre erster Klasse in die Hand und Friedrichsrub war im In- und Auslande die populärste, meistgenannte Wirtschast des deutschen Reichs. Da wurden die politischen und wirtschaftlichen Tagesfragen, die Verwickelungen der inneren und äußeren Politik durchberathen, da wurden Dispositionen getroffen, weitaus gehende Pläne entworfen, Entscheidungen beraten und beschloffen. Nicht wenig auffällig war indes der letzte Besuch in Friedrichsrub, der Besuch des Grafen St. Baller. Man weiß, daß es zur Zeit die wirtschaftlichen Fragen sind, die des Kanzlers ganze Zeit in Anspruch nehmen, weiß, daß er sich in Friedrichsrub nicht gerne hören läßt, und am allerwenigsten gerade jetzt für einfache Höflichkeitbesuche zu haben ist. Man sieht es darum nicht gerade für einen Zufall an, daß der Besuch des französischen Botschafters so kurz vor den Senatswahlen stattfand, ganz unmittelbar vor den Senatswahlen, deren Ausfall entscheidend ist für die Zukunft Frankreichs, für die Gestaltung seiner Geschichte nach Ablauf des Septennats. Es kann Deutschland selbstverständlich nicht ohne Interesse die Verhandlungen zwischen Mac Mahons an die Spitze der französischen Regierung tritt. Deutschland kann nicht so ganz gleichgültig den Umtrieben aller monarchischen und radikalen Parteien zusehen. Graf St. Baller reist eben jetzt nach Paris, und man nimmt an, daß er in Friedrichsrub die Stimmung kennen lernen wird, mit der der Reichskanzler den augenblicklichen Vorgängen in Frankreich folgt, daß er in Paris die Ansichten des Kanzlers über die bevorstehenden Veränderungen in der französischen Regierung zur Kenntniß der betheiligten Kreise bringen will.

Der französische Botschafter Graf de St. Baller ist bekanntlich, einer älteren Einladung des Reichskanzlers Folge leistend, nach Friedrichsrub gereist. In politischen Kreisen legt man dem Besuch des Botschafters eine politische Bedeutung bei, wenn auch über den Endzweck von bedelligter Seite das strengste Stillschweigen beobachtet wird. Jedenfalls giebt der Besuch den von französischer Seite ausgestreuten Gerüchten ein Dementi, welche die Stellung des Grafen de Saint-Baller gegenüber dem Reichskanzler als eine erschütterte bezeichnen; wenn die Reise auch weiter keinen Zweck hätte, als vor den Senatswahlen thatsächlich zu dokumentiren, daß in den Verhältnissen eine Aenderung nicht eingetreten ist, so wäre dies schon Bedeutung genug.

Der Nothstand in England dauert fort, und es werden neue Anstrengungen gemacht, das Elend der Leidenden zu mildern. In der City von London erhält eine an den Lordmayor gerichtete Petition zahlreiche Unterschriften. Dieselbe lautet: „Wir, die unterzeichneten Banquiers, Kaufleute, Fabrikanten und andere in der City von London bitten achtsamvoll, Ew. Lordschafft wolle ein öffentliches Meeting, unabhängig von der Partei-Politik, in der Guildhall einberufen, um die Regierung im Petitionswege zu ersuchen, behufs der Untersuchung der Ursachen der gegenwärtigen Geschäftsstockung einen parlamentarischen Ausschuss zu ernennen, damit, wenn für notwendig befunden, eine Mobilisation unseres sogenannten Freihandelsystems in's Werk gesetzt werde.“

Aus des Kaisers Umgebung kommt die Nachricht, daß der Monarch seit langer Zeit sich nicht so wohl und kräftig gefühlt habe wie jetzt. Es sind vielfache Bemühungen gemacht worden, um den Kaiser zu bestimmen, die Festlichkeiten der Saison theils abzukürzen, theils so einzurichten, daß das Ende der Feste nicht in die späten Nachtstunden falle. Inzwischen hat vorgestern der Kaiser angeordnet, daß in der Reihenfolge wie in dem Umfang der Feste in keiner Beziehung irgendwelche Aenderungen gegen die Vorjahre eintreten sollen.

wird erzählt, Se. Majestät habe kürzlich sein edauern darüber geäußert, daß ihn die Schonung des rechten Armes nöthige, der Theilnahme an den Jagden zu entsagen.

Es ist bereits mitgetheilt, daß die Beratungen der Tarif-Enquete-Kommission zunächst einen vertraulichen Charakter tragen sollten. Wir hören inzwischen, daß von einer und der anderen Seite innerhalb der Kommission auf die Nothwendigkeit hingewiesen worden ist, mit der Presse Fühlung zu behalten, daß es daher wünschenswerth ersehe, Mittheilungen über die eine oder die andere Vereinbarung bezüglich großer Prinzipienfragen an die Öffentlichkeit gelangen zu lassen. Schon jetzt ist sich herausgestellt, daß die Zahl der von außen zu erfordern den Gutachten und Zeugenvernehmungen nicht unbeträchtlich sein wird. Es heißt, daß der Bericht der Kommission, welcher dem Bundesrath zugehen soll, wahrscheinlich eine größere Berathung erfahren und also vielleicht dem Reichstag mitgetheilt werden dürfte.

Bei dem Vertrage, den Preußen und das Reich über die Abtretung der preussischen Staatsdruckerei zu schließen beabsichtigen, vertritt der Reichskanzler das Reich und der Finanzminister Hohenzollern die preussische Regierung. Das Reich erwirbt dadurch den Grundstückkomplex in der Deantenstraße. Die Beamten der preussischen Staatsdruckerei werden, soweit sie dies wollen, in den Reichsdienst übernommen, andererseits aber von Preußen einstellbar pensionirt.

In politischen Kreisen verlautet, es fänden zwischen Rußland und England Verhandlungen wegen Ausführung des Berliner Friedens statt. Ueber Natur und Richtung derselben ist Näheres bis jetzt nicht bekannt. Der Rußland liegt nahe, daß Rußland, welches Oesterreichs sicher zu sein glaubt, Versuche macht, auch den Widerstand Englands gegen die Nichtausführung des Friedens zu beseitigen. Ob Rußlands Sicherheit nach der Seite Oesterreichs hin guten Grund hat, steht dahin; dagegen wird stark bezweifelt, daß die Beschwichtigung Englands im Sinne der russischen Wünsche gelingen und Bismarcks sein eigenes Werk preisgeben werde. Selbst die Stellung des englischen Ministeriums im Parlament und im Lande könnte dadurch gefährdet werden. Was die gemischte Besetzung angeht, so bitten die russischen Organe bekanntlich zuerst beizutreten, daß dieselbe überhaupt angeregt wäre. Jetzt wird der Gedanke in Petersburger Korrespondenzen geäußert, aber mit der Einschränkung, daß nur von dem eigentlichen Rumelien die Rede wäre, nicht von Etrurien. Auch dies ist nur zum Theil richtig. Zunächst handelt es sich allerdings um Rumelien; aber es steht fest, daß für bestimmte Fälle und in gegebener Zeit auch eine gemischte Besetzung Ost-Rumeliens zwischen den Mächten zur Sprache kommen ist.

Die Arbeiten der Reichstarkommission werden hier mindestens sechs Monate dauern, da für dieselbe ein eigenes großes Lokal gemietet und das vom Reichskanzleramt gestellte Personal auf sechs Monate von den jetzigen Stellen beurlaubt ist.

Der Minister für medizinische Angelegenheiten hat darauf hinzuweisen lassen, daß die wissenschaftliche Befähigung der Apothekerlehrlinge befundenden Zeugnisse genau nach der gegebenen Vorschrift ausgestellt sein müssen, da sie gesetzlich auch für die Zulassung zur Apotheker- und Gehülfenprüfung entscheiden. Sie müssen eben so wie die zum einjährigen Militärdienst, aber von einer dazu berechtigten Schule, in welcher das Lateinische obligatorisch ist, ausgestellt sein. Ist das Zeugniß von einer Schule, in der die letztere Bedingung nicht strikt, so hat der Bewerber bei einer Schule die Nachprüfung im Lateinischen zu bestehen und nachzuweisen, daß er die erforderlichen Kenntnisse darin besitzt. Deshalb ist das also gestaltete Schulzeugniß allein entscheidend, und es liegt den Kreisärzten, darauf zu sehen, daß andere als so vorgebildete nicht zugelassen werden. Die Beachtung der Reichsordnung von 1875 über den Handel mit Apothekerwaaren wird jetzt besonders streng empfohlen.

Ursland.

Paris, 4. Januar. Admiral Touchard, der nunmehr reaktionäre Deputirte von Paris, ist gefährlich erkrankt. In den republikanischen Kreisen will man jetzt bereits Sicherheit haben, daß die Senatswahlen den Republikanern eine Mehrheit von 6 Stimmen geben. Nicht Simon, der, da Gametta gegen ihn ist, nur auf höchstens 20 Stimmen

zahlen kann, sondern Duclerc, gegenwärtig Senats-Vizepräsident, soll Audiffret Pasquier ersetzen. Die Führer der Ultraradikalen sind keineswegs damit einverstanden, daß das Cabinet nach den Senatswahlen im Amt bleiben soll; sie behaupten, dasselbe habe nur die Aufgabe gehabt, die Senatswahlen zu machen, und müsse sich nach denselben zurückziehen. Sie werden aber mit ihrer Ansicht schwerlich durchbringen, da selbst ihr Zusammengehen mit der Rechten den Sturz des Cabinets nicht herbeiführen dürfte.

Das angebliche neue Programm des Cabinets Dufaure, das von gewissen Blättern als recht verbreitet wurde, bedarf einer Berichtigung. Die Regierung ist für den obligatorischen und unentgeltlichen Schulbesuch, so wie für die Abschaffung der gemischten Kommission für die Universitäten; aber sie ist gegen die vollständige Durchführung des Laienunterrichts, gegen die Verleihung der Amnestie, gegen die Bildung eines Ministeriums der schönen Künste und gegen die Besetzung der Minister vom 16. Mai in Anklagestand.

London, 3. Januar. Das Schreiben des Papstes an den vormaligen Erzbischof von Köln findet, trotz Agitation, Rasterkrieg und sonstigen Nothen hier doch einige Beachtung. Gestern sprach sich der „Standard“ über ihn aus und theilt es die „Times“ mit. Beide loben den verständlichen Geist, den es zur Schau trägt, doch bezeichnen beide argen Zweifel, daß solche Verständlichkeit eben nur äußerlich zur Schau getragen werde, während in Wirklichkeit der Vatikan heute noch wie unter Pius IX. an seinen maßlosen Ansprüchen gegenüber den weltlichen Regierungen festhalten möchte. Wäre dem nicht so, dann, so meint das erwähnte Blatt, müßte der letzte Papst sich gegen Italien eben so verständlich zeigen wie gegen Deutschland. Auch die „Times“ will sich von der glatten Außenseite des päpstlichen Schreibens nicht befechten lassen. Sie nennt es eine „unbestimmte Unterscheidung, daß Fürst Bismarck, indem er der katholischen Kirche die Hände gebunden, seinen besten Verbündeten gegen den Sozialismus bei Seite geworfen habe.“ Dagegen aber könnte, wie sie ferner bemerkt, der deutsche Reichskanzler auf die Thatsache hinweisen, daß der sozialistischen Bewegung durch einen der bedeutendsten katholischen Prälaten Deutschlands, durch den Bischof Ketteler von Mainz, namhafter Vorstoß geleistet wurde. Von anderen katholischen Kirchenfürsten sei das Ansehen der Kirche gleichfalls zu Angriffen gegen die Tyrannei des Kapitals verwerthet worden, und es gebe einen Sozialismus der Kanzlei und des Katheders gerade so wie einen Sozialismus der Kneipe und der demokratischen Redubühne. Jüngster Zeit habe die Christlichkeit allerdings sich weniger bereit gezeigt, als Ego für die Forderungen der ärmeren Klassen zu dienen, aber doch nur, weil der Sozialismus gegen die Religion gerade so feindselig wie gegen das Kapital und den Freihandel aufgetreten sei. Praktische Männer wie Fürst Bismarck müßten deshalb wünschen, daß der Papst sich etwas bestimmter gegen eine Bewegung ausspreche, die drängend zu wirken scheint wie ein auswärtiger Feind. Und ferner wäre ihm ohne Zweifel eine Zurückweisung derjenigen Geistlichen willkommen, die durch ihren Kampf gegen die Oberhoheit Preußens die thatsächlichen Feinde der deutschen Einheit waren.

„Trotzdem das päpstliche Schreiben“ — so meint die „Times“ — „die Verbreitung verständlichen Geistes beabsichtigt, dürfte doch die Unbestimmtheit jenes Inhaltes in Berlin leicht Enttäuschung erzeugt haben, und je größer die Hoffnungen gewesen, die sich an die Thronbesteigung des Papstes knüpften, desto zweideutiger dürfte diese seine Zuschrift erscheinen.“

Und ferner: „Für einen Papst ist Leo XIII. freisinnig zu nennen, aber er bleibt doch immer ein Papst und als solcher der Diener einer streng organisierten Geyflogenheit. Wenn trotzdem ein Wechsel im Geiste des Vatikans eintrat, betrifft dieser mehr dessen Richtung als dessen Maßnahmen. Man fühlt ihn mehr als daß man ihn greifen könne. Man fühlt ihn an der Spärlichkeit frommer Wallfahrer nach Rom und Lourdes; an dem Gegensatz zwischen der sonstigen Huldigung, die dem jetzigen Papste im Vergleiche mit der seinem Vorgänger entgegen gebrachtener Begeisterung gezollt wird; an der Verzagttheit der kirchlichen Partei in Frankreich und Belgien. Der Papst selber erkennt vielleicht die Thorheit des Widerstandes gegen die

